

Michael Schneider

DER SPD DIE LEVITEN LESEN!

Einen schönen guten Abend, meine Damen und Herren! Als erstes möchte ich der SPD Bergen-Enkheim zu ihrem 125.ten Jubiläum ganz herzlich gratulieren. Ich bedanke mich für die Einladung – auch wenn es für einen linken Publizisten und Schriftsteller gewiss dankbarere und angenehmere Aufgaben gibt, als der ältesten Partei Deutschlands, nach ihrer in Folge dritten Niederlage bei den Bundestagswahlen, einmal „die Leviten zu lesen“- worum mich Adi Schubert nachdrücklich gebeten hat.

1.

Wer – ob Sozialdemokrat oder nicht- rieb sich nicht die Augen, als mit der 100-prozentigen Nominierung von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten der SPD die Umfragewerte der Partei binnen kurzem in die Höhe schossen! Plötzlich, wie aus dem Nichts, war da ein politischer Heilsbringer, ein strahlender Parsifal der Sozialdemokratie aufgetaucht, der in den Talkshows eine blendende Figur machte, rhetorisch geschliffen und von sympathischer Ausstrahlung – kein Funktionärstyp, sondern ein Politiker mit Gesicht und Charisma. Zwar war er bundespolitisch noch kaum in Erscheinung getreten, dafür aber war er ein überzeugter und erfahrener Europäer und hatte als Präsident des Europaparlamentes eine gute Figur gemacht, u.a in dem er die dortigen Rechtspopulisten stets energisch in ihre Schranken gewiesen hatte.

Ja, erstmals seit 2005 wagte es ein sozialdemokratischer Kanzlerkandidat, am Allerheiligsten der Schröder'schen Reformpolitik, den Hartz IV-Gesetzen zu kratzen, indem er versprach, die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld 1 zu verlängern, die ständige Ausweitung der prekären Arbeitsverhältnisse zu stoppen und die soziale Gerechtigkeit, dieses Ur- und Kernthema der Sozialdemokratie, in den Mittelpunkt seines Wahlkampfes zu rücken. Welch ein Aufatmen ging da durch die Partei! Plötzlich strömten Tausende von jungen Menschen ihr wieder zu: 20 000 Neumitglieder innerhalb weniger Wochen! Dieser Kandidat- so schien es- hatte das Zeug, die gebeutelte Sozialdemokratie, die Angela Merkel durch die schleichende und softe Sozialdemokratisierung der Union überflüssig zu machen drohte, wieder auf ihre alte Höhe zu führen und die „ewige Kanzlerin“ endlich zu schlagen!

Vielleicht, weil ich auch Zauberkünstler bin und daher ein besonderes Gespür für Illusionen habe, war mir der plötzliche Martin Schulz-Hype, der schon Züge eines quasi-religiösen Erweckungserlebnisses hatte, von Anfang an suspekt. Wie sollte der Kandidat, und sei er noch so guten Willens, gleichsam aus dem Stand eine in Regierungsroutine erstarrte Partei reanimieren und inhaltlich neu ausrichten können, eine Partei, die mit der Schröder'schen Agenda 2010, diesem trojanischen Pferd des Neoliberalismus, längst vom Pfad der „sozialen Gerechtigkeit“ abgerückt und immer weiter in die Mitte gerückt war, sich danach als Mehrheitsbeschafferin für die CDU/CSU verdingt und in zwei Großen Koalitionen ihr politisches Profil weitgehend eingebüßt hatte? Und wie sollte sich der Kandidat gegen die alte sozialdemokratische Funktionärsriege - auch seine Vorgänger Steinmeier und Steinbrück waren ja Schröderianer! - durchsetzen können, wenn dem kein substantieller Erneuerungsprozess innerhalb der Partei, auch kein Annäherungsprozess an Die Linke vorausgegangen war? Schließlich gab und gibt es für beide Parteien auf Bundesebene auf absehbare Zeit keine andere Machtperspektive als die einer Ampelkoalition.

Dem kurzen Höhenflug des Kandidaten folgte denn auch bald der Sinkflug. Nach der für die SPD katastrophalen Landtagswahl im Saarland war von Rot-Rot-Grün nicht mehr die Rede. Von diesem Tag an ward Martin Schulz nicht mehr gesehen, zwei – entscheidende- Monate lang blieb er von der politischen Bildfläche verschwunden. Erst am 14. Mai, am Tag der Wahniederlage in NRW, tauchte er wieder auf. Doch da war sein Momentum längst verspielt. Zwar wurde sein Wahlprogramm auf dem Dortmunder Sonderparteitag im Juni einstimmig angenommen, doch so vernünftig viele Forderungen auch waren: -- die steuerliche Entlastung der niedrigen und mittleren Einkommen, die Solidarrente gegen das zunehmende Absinken der Altersbezüge, die dringend gebotenen Investitionen in Bildung und Infrastruktur, der Ausbau der Elektromobilität -, ein wirklich mobilisierendes Wahlprogramm war dies nicht. An die (Wieder)Einführung der Vermögenssteuer, die angesichts der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen Arm und Reich überfällig ist, traute sich Martin Schulz so wenig heran wie an eine deutlich höhere Besteuerung der großen Erbschaften. Es reicht eben nicht, der schreienden sozialen Ungleichheit in Deutschland und in Europa mit homöopathischen Dosen zu begegnen! Hohe Besteuerung des Reichtums, der nicht durch eigene Arbeit verdient ist, das

Verbot der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen und die Rückgängigmachung von Hartz IV. – mit diesen Forderungen hätte Martin Schulz einen offensiven Wahlkampf gegen die „Weiter so!“-Kanzlerin und Chef-Anästhesistin im Kanzleramt führen können. Was aber tat er stattdessen? Er suchte den Schulterchluss just mit dem Vollstrecker der Harz IV- Reformen, mit Altkanzler Gerhard Schröder, der auf dem Sonderparteitag als „Ehrengast“ und „Festredner“ auftreten durfte.

Zwar hat Schröder Deutschland– und darin liegt sein Verdienst- aus dem zweiten Irakkrieg herausgehalten. Zugleich aber hat er, beginnend mit dem „Schröder-Blair-Papier“ von 1999 (in dem die These, der globalisierungsbedingte Konkurrenzdruck und damit weite Teile der Wirtschaft entzögen sich der Gestaltung durch die Politik, zum [Axiom](#) erhoben wurde), die ehemalige Partei Willy Brandts dem ideologischen Gift des Neoliberalismus ausgesetzt. Statt von „Neoliberalismus“- einem Wort, dem noch die noble Aura der „libertas“ anhaftet- sollte man besser von „Marktradikalismus“ sprechen, das trifft die Sache genauer. Vor allem aber hat Gerhard Schröder mit seiner „Agenda 2010“ und den „Hartz IV“- Gesetzen eine sozialpolitische Demontage auf breitester Front in Gang gesetzt, die die Gewerkschaften, die traditionellen Bündnispartner der SPD, dauerhaft geschwächt hat, während er gleichzeitig den Unternehmern Steuergeschenke in Milliardenhöhe machte, die Veräußerung von Kapitalbeteiligungen gänzlich steuerfrei stellte und den Hedge-Fonds, Private Equity- Gesellschaften und anderen „Heuschrecken“ volle Handlungsfreiheit gewährte. Die Folge war, dass der SPD in Scharen die Mitglieder und Wähler davonliefen und es zur Abspaltung des linken Lafontaine-Flügels kam, der sich bald darauf mit der WAsG und der PDS zur neuen Linkspartei vereinigte. Der Vorgang erinnerte fatal an die Spaltung der SPD zu Beginn der Weimarer Republik in Mehrheitssozialdemokratie, USP und Spartakusbund, aus dem dann die KPD hervorging. Spaltung aber bedeutet immer auch politische Schwächung, von der in der Regel die politische Rechte profitiert. Damals wie heute.

2.

Falls sich die SPD-Spitze für ihren neuerlichen Einbruch bei den Bundestagswahlen und für den Durchmarsch der AfD (mit)verantwortlich fühlt, kann sie sich immerhin damit trösten, dass sie nicht allein ist: Die Sozialistische

Partei in Frankreich hat im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen in diesem Jahr gleichfalls einen großen Schwund erlebt. Das Wahlergebnis für die niederländische „Partei der Arbeit“ brach auf 7,5 Prozent ein, die tschechische Sozialdemokratie ist fast zur Bedeutungslosigkeit geschrumpft, und auch die Sozialdemokratische Partei Österreichs wird jetzt wohl zähneknirschend zusehen müssen, wie die ÖVP und der blutjunge Wahlsieger und künftige Kanzler Sebastian Kurz mit der rechtspopulistischen bis neofaschistischen FPÖ eine Koalition eingehen wird- und dies mitten in der EU.

Die europäischen Mitte-Links-Parteien pflegen sich für ihre fortlaufenden Niederlagen mit zwei Arten von Erklärungen zufrieden zu geben: Dass sie entweder zu lange in großen Koalitionen gesteckt haben oder dass sie zu langweiligen Technokraten geworden sind. Daher hätten die schillernden Populisten von rechts bis ganz links sie leicht ausstechen können. Das Problem liegt aber in Wahrheit viel tiefer: Die europäischen Sozialdemokratien stecken deshalb in einer chronischen Krise, weil sie sich dem -seit mehr als dreißig Jahren dominierendem- neoliberalen bzw. marktradikalen Wirtschaftsmodell immer mehr angepasst haben, in der Hoffnung, es durch ihre politische Mitwirkung, durchs Mitregieren ein wenig weicher und sozialverträglicher gestalten zu können: Ein fataler Trugschluss!

Zwar ist es dem herrschenden Kartell aus Politik, Wirtschaft, Wirtschaftswissenschaft und Medien gelungen, der arbeitenden Bevölkerung ein Dauerprogramm der sozialen Demontage –Lohnkürzung, Rentenkürzung, Kürzung von Sozialleistungen und prekäre Arbeitsverhältnisse- als „notwendige Reformen“ zu verkaufen, damit „wir im globalen Wettbewerb bestehen können“, wie es immer heißt. Doch registrieren immer mehr Menschen in Europa, junge wie alte, dass sie ärmer werden, ja, dass sie arm trotz Arbeit bleiben, dass ihr Wohnraum kaum noch bezahlbar und die Zukunft ihrer Kinder höchst unsicher ist, derweil eine skrupellose Elite mit Finanz- und Immobiliengeschäften immer mehr Reichtum anhäuft. Tatsächlich wird die junge Generation von heute- die Sprösslinge aus reichen Familien ausgenommen- die erste sein, der es in fast allen Belangen- was Arbeit, Einkommen, Wohlstand und soziale Sicherheit angeht- schlechter geht als ihren Eltern.

Was die extrem ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen betrifft, nähern wir uns längst wieder Zuständen, die denen des Ancien Regime ähneln. Der entfesselte Finanzkapitalismus hat zu einer **Re-Feudalisierung der sozialen Verhältnisse** geführt, an deren Spitze die neue Geld-Aristokratie steht. Der jüngsten Oxfam-Studie zufolge, besitzen heute 8 Multimilliardäre ebenso viel Vermögen wie die Hälfte der Weltbevölkerung. Im Vorjahr wurden dafür noch 62 Superreiche benötigt. In Deutschland sind es 36 Milliardäre, die zusammen so viel Vermögen haben wie die ärmere Hälfte der Bundesbürger zusammen, dem reichsten Prozent gehört hierzulande immerhin noch mehr als ein Drittel des Gesamtvermögens.

Spätestens beim TV-Duell mit der Kanzlerin hätte Martin Schulz in die Offensive gehen und ihr die Frage stellen müssen: ‚Wodurch rechtfertigt es sich eigentlich, dass heute ein Top-Manager das 150- bis 200fache einer Krankenschwester oder Altenpflegerin verdient? Ist deren Arbeit hundertfünfzig bis zweihundertmal weniger wert als die des Managers? Man stelle sich nur einmal vor, was passieren würde, wenn von heute auf morgen alle Krankenschwestern, Altenpfleger, Müllwerker und KFZ-Mechaniker verschwänden. Die Folgen wären prompt und katastrophal. Es ist dagegen nicht ganz klar, worunter die Menschheit leiden würde, gäbe es plötzlich keine Chefs von Kapitalbeteiligungsgesellschaften mehr, keine Lobbyisten und keine PR-Strategen, keine Wertpapierberater, Verkäufer von Klingeltönen und Gerichtsvollzieher mehr. Vieles spricht dafür, die Verhältnisse würden sich dadurch signifikant verbessern.‘ - Ich bin sicher, Martin Schulz hätte nicht nur die Lacher auf seiner Seite gehabt.

3.

Das ständig wiederholte Mandra der marktradikalen Wirtschaftsreligion, wie sie in Reinkultur auch von dem neuen Messias der FDP, Christian Lindner, gepredigt wird, heißt: Wettbewerbsfähigkeit! Wettbewerbsfähigkeit um jeden Preis!

Längst hat das Wettbewerbs- und Effizienz-Denken alle Poren der Gesellschaft durchdrungen, ein regelrechtes Brain-Washing hat stattgefunden: Verwaltungen, Energieversorger, Versicherungen, Bahn, Post, Universitäten, Schulen, Krankenhäuser, Altenheime, Gefängnisse etc. pp. - so wurde und wird uns ständig auf allen multimedialen Kanälen suggeriert- sollen noch besser,

noch effizienter und wettbewerbsfähiger werden- was in aller Regel bedeutet: Automatisierung, Einsatz von Maschinen, massiver Personalabbau, Outsourcing in sog. Tochtergesellschaften, wo die Mitarbeiter dieselbe Arbeit für weniger Geld verrichten müssen, und Standortverlagerung in Länder, in denen billiger produziert werden kann. Der Verdrängungs-wettbewerb der vormals sicheren Arbeitsplätze durch die prekären, der Hochlöhner durch die Niedriglöhner und der Langsamen durch die Schnellen ist eine Art permanenter Krieg, der nur deshalb unsichtbar bleibt, weil kein Blut fließt, höchstens Tränen, und weil er kein Gegenstand der Medien ist.

Der zunehmende Wettbewerbsdruck ist es auch, der **unsere Gesellschaft immer tiefer spaltet**. Die einen werden zwangs-entschleunigt, indem sie dauerhaft arbeitslos sind und auf niedrigstem Niveau von Hartz IV leben oder als Minijobber und Aufstocker ihr Dasein fristen müssen; sie haben erzwungenermaßen sehr viel Zeit. Die anderen aber, die sog. Leistungsträger, häufen Überstunden auf Überstunden, auch immer mehr unbezahlte, und geraten an ihrem Arbeitsplatz unter immer größeren Zeitdruck, auch weil die Arbeitsverdichtung enorm zugenommen hat. Nach dem letzten Stress-Report der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin ist die Anzahl der Krankschreibungen aufgrund eines Burnout von 2004 bis 2012 um 700 Prozent und die Anzahl der durch einen Burnout verursachten betrieblichen Fehltag um fast 1.400 Prozent gestiegen.

Zwar ist die offizielle Arbeitslosenquote heute so niedrig wie schon lange nicht mehr. Und gewiss haben von der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, den die sozialdemokratische Arbeitsministerin Andrea Nahles gegen große Widerstände der Union durchgesetzt hat, viele Menschen in den unteren Lohngruppen profitiert. Gleichzeitig haben sich jedoch die **prekären Arbeitsverhältnisse** und die schlecht bezahlte Leih- und Zeitarbeit dramatisch ausgedehnt. Deutschland, das reichste Land der EU, ist heute das Land mit dem größten und ausgedehntesten Niedriglohnsektor, dem es weitgehend seine überragende Exportposition verdankt. Und so ist die Zahl der Menschen, die mehrere Jobs brauchen, um sich und ihre Familien über Wasser zu halten, auf über 3 Millionen, in der EU auf 10 Millionen gestiegen. Extrem zugelegt haben Teilzeitstellen, befristete Jobs sowie marginale Beschäftigungsverhältnisse. Das angebliche Jobwunder basiert vor allem darauf, dass Vollzeitstellen in mehrere Teilzeitstellen aufgeteilt werden- oft sogar in Minijobs ohne Absicherung. Aus

einem Arbeitnehmer mit gutem Job, gutem Gehalt und guter Altersvorsorge werden so zwei oder mehr Arbeitnehmer, die von ihrem Einkommen nicht leben können und denen Altersarmut droht.

Es ist vor allem die soziale Spaltung, die Millionen Wähler/innen in die Arme der AfD treibt. 91 Prozent von ihnen gaben in Umfragen an, dass „die Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet“. Der Graben zwischen Arm und Reich, Ost und West speist den Erfolg der AfD. Die Rechtspopulisten, unter ihnen nicht wenige Neonazis, spielen sich als „Kümmerer“ auf, schüren Neid auf Migranten und Angst vor den „Fremden“. Gegen die neoliberale Ideologie „Jeder ist seines Glückes Schmied“ (und folglich selbst schuld, wenn er seinen Arbeitsplatz verliert oder auf der Straße landet) setzen sie wieder völkische Gemeinschaftsideale. Durch die emotionale Aufladung der Begriffe „Heimat“ und „Nation“, wird den Globalisierungsverlierern und den vielen Menschen, die im Zuge der Umbrüche in den neuen Bundesländern ihre Arbeit verloren haben, eine Art kollektiver Ersatz-Identität als Deutsche suggeriert. Dass das Wirtschaftsprogramm der AfD selbst marktradikal ausgerichtet ist, scheint die neuen „Wutbürger“ indes nicht zu stören.

Ja, der digitale Kapitalismus und die Quasi-Monopolisten aus dem Silicon Valley sind gerade dabei, ein noch brutaleres Wettbewerbsmodell einzuführen, als das, was wir bislang schon haben. Die Rede ist von jenem internationalen Heer [digitaler Arbeitsnomaden, die sich im Internet von Auftrag zu Auftrag hangeln](#). Tarifrechtlich geschützte Angestellte werden mehr und mehr durch Freie aus dem Netz ersetzt, die dieselbe Arbeit zu schlechteren Konditionen übernehmen, zumal bei vielen Tätigkeiten die Sprache keine Rolle spielt. Der billigere Programmierer aus Spanien, der günstigere Designer aus Indien sind stets nur ein paar Mausklicks entfernt. Das könne auch die Preise in Deutschland in Grund und Boden drücken, so die Gewerkschaft ver.di, die vor einer "Kannibalisierung von Arbeitsbedingungen" warnt. In einem ver.di-Spot im Internet erzählt das Strichmännchen "Klaus der Cloudworker" vom Horror seines Arbeitsalltags im Jahr 2020: Ohne soziale Kontakte muss Klaus Tag und Nacht am Computer sitzen, um seine Rechnungen bezahlen zu können. Die ganze Welt besteht für ihn aus Rivalen. Feste Anstellungen gibt es kaum mehr, weil die zu teuer für die Unternehmen geworden sind.

Auch wenn Croudworking noch eine Nische ist, so ist das doch „Frühkapitalismus im neuen Kleid,“ warnt Andrea Nahles, die neue Frontfrau der SPD und künftige Oppositionsführerin im Deutschen Bundestag. „Früher wurden die Arbeiter durch Fließband und Vorgesetzte kontrolliert. Heute machen das digitale Geräte und Algorithmen. Ratings und Kundenbewertungen werden zum Maßstab dafür gemacht, ob jemand weiterarbeiten darf oder nicht. Wollen wir wirklich eine Gesellschaft der Rankings und des permanenten Wettbewerbs werden? Das ist für mich die entscheidende gesellschaftliche Frage.“

Wie gut, dass die SPD – nach ihrem langen Schmusekurs mit den Neoliberalen – jetzt wieder die Bänke der Opposition einnimmt! Da kann sie endlich wieder die richtigen, die wirklich wichtigen Fragen stellen.

5.

Dass seit Jahrzehnten Reiche immer reicher werden, während immer größere Teile der unteren und Mittelschicht abgehängt werden und von der Hand in den Mund leben müssen, ist weder Zufall noch Schicksal, sondern – ich wiederhole es - Ergebnis neoliberaler bzw. marktradikaler Politik, die die sozialdemokratischen Parteien viel zu lange, wenn auch oft widerwillig mitgetragen haben. Dies ist – meines Erachtens- der Hauptgrund, dass sie ihren früheren Status als Volksparteien eingebüßt haben und dass ihre enttäuschte Klientel jetzt scharenweise zu den Rechtspopulisten, ein nicht unerheblicher Teil auch zur Partei Die Linke überläuft.

Dabei hatte sich das neoliberale bzw. marktradikale Wirtschaftsmodell bereits im Zuge der Weltfinanzkrise von 2008 selbst ad absurdum geführt. Eigentlich hätten sie damals alle in Sack und Asche gehen und öffentlich Abbitte leisten müssen-jene Heerscharen von Politikern, Bankern, Managern, Börsianern, Unternehmern, Wirtschaftsjournalisten und Medienleuten, die jahrzehntelang der alleinseligmachenden Religion des Neoliberalismus gehuldigt und mit dem vierfachen Schlachtruf „Liberalisierung! Deregulierung! Flexibilisierung! Privatisierung!“ jene globale Finanzblasen-Ökonomie mit befördert und sanktioniert haben, die 2008 geplatzt ist und zu einer Weltwirtschafts- und Staatsschuldenkrise von epochalen Ausmaßen geführt hat.

Angesicht des offenkundigen Scheiterns des neoliberalen Wirtschaftsmodells bot sich damals den sozialdemokratischen Parteien Europas eine einmalige historische Chance für einen politischen Kurswechsel, zumal die öffentliche Kritik und Ablehnung des „Kasino-Kapitalismus“ ausgesprochen populär, ja, geradezu Mainstream geworden war. Doch haben die Sozialdemokraten diese Chance nicht genutzt, teils weil sie –wie Peer Steinbrück- in der Regierungsverantwortung waren und in der Krise den Schulterschluss mit der Kanzlerin suchten, teils weil sie die neoliberale Denke selbst so verinnerlicht hatten, dass sie sich kein anderes Modell der Krisenlösung mehr vorstellen konnten als jenes, das ihnen der Chef der Deutschen Bank Josef Ackermann damals unterbreitete: nämlich den deutschen Steuerzahler für die gigantische Zeche der Bankenrettung aufkommen zu lassen!

Und so blieben denn die marktradikalen Zauberlehrlinge, die im Grunde nur die spiegelverkehrten Zwillingbrüder der gescheiterten Staatsozialisten sind, weiter in Amt und Würden. Ja, sie durften sich gar noch als Regierungsberater und Krisenmanager in Szene setzen. Ein groteskes Schauspiel: Sie, die stets die „unsichtbare Hand des Marktes“ gepriesen und jegliche staatliche Intervention und Regulation als „sozialistisches“ Teufelszeug verschrien hatten, riefen in der Krise unisono nach der rettenden Hand von Vater Staat, als seien sie über Nacht plötzlich von Hayek zu Keynes übergelaufen.

Natürlich befürchtete die politische Klasse und die Herren der Deutschland-AG, dass dieser größte Crash in der Geschichte der Weltfinanz und ein Krisenmanagement, das nur zu Lasten der Allgemeinheit und der künftigen Generationen ging, die Frage nach der Legitimität des ganzen Systems aufwerfen könnte. Otto Normalbürger wollte es denn auch schwerlich in den Kopf, warum ein Kaufhausdieb, der Waren für 50 Euro mitgehen lässt, in den Knast wandert, während für die Herren in Nadelstreifen, die Milliarden verzockt hatten, goldene Fallschirme aufgespannt wurden.

Inzwischen ist aus der Bankenkrise eine allumfassende fiskalische Krise, eine Krise der Staatsfinanzen geworden, von der wiederum die zuvor geretteten Banken und ihre betuchte Klientel profitieren: Die EZB leiht den Banken ungeheuer viel Geld zu Niedrig-Zinsen, die sogar unter der Inflationsrate liegen; die Banken kaufen dafür Staatsanleihen, für die sie drei- bis viermal höhere Zinsen kassieren,

für deren Begleichung die Staaten wiederum ihre Ausgaben, vor allem ihre Sozialausgaben kürzen, Steuern erhöhen und neue Schulden aufnehmen müssen- ein perverser Kreislauf, in dem die Banken und die Besitzer großer Geldvermögen die Gewinner und die Allgemeinheit, die Steuerzahler der chronische Verlierer ist.

Im Grunde leben wir längst in einer grotesken kapitalistischen Parodie des Sozialismus - nach dem Motto: Die Gewinne werden privatisiert, die Milliarden-Schulden der Zocker-Banken aber sozialisiert. Auch wenn Frau Merkel, im Einklang mit der BILD-Zeitung, der Öffentlichkeit suggerierte, vor allem wir deutschen Steuerzahler würden mit unseren zweistelligen Milliarden-Beiträgen, die wir in die diversen Bankenrettungsfonds einzahlen, die Iren, Portugiesen, Griechen, Zyprioten und demnächst wohl auch die Spanier und Italiener alimentieren und vor dem Staatsbankrott bewahren, Faktum ist –wie der bekannte investigative Journalist Harald Schumann in einer eindrucksvollen *arte*-Dokumentation nachgewiesen hat-, dass diese gigantischen Summen öffentlichen Geldes nicht etwa den Iren, Portugiesen, Griechen, Zyprioten zugute kamen, sondern vor allem dazu dienten, die Interessen der reichen Gläubiger zu befriedigen. Auf der Liste der Gläubiger der zu rettenden Banken stehen denn auch sämtliche Großbanken der EU. Mit anderen Worten: Dieses ganze ausgeklügelte System der „Bankenrettungsschirme“ diente vor allem dazu, öffentliches Geld in private Kanäle und Taschen umzulenken.

„Privat“ kommt bekanntlich von lateinisch „privare“, d.h. berauben.

„Marktkonforme Demokratie“ (Angela Merkel) bedeutet im Klartext:

Beraubung und Ausplünderung der Gesellschaft durch die Finanzmärkte. Wann endlich werden die Sozialdemokraten den Mut aufbringen, dieses Vampir-System, das den Gesellschaften das Blut bzw. Geld aus den Adern saugt, öffentlich anzuprangern und ihm den Kampf anzusagen!

6.

Solange die sozialdemokratischen Zentrums -Parteien nicht lernen oder nicht die Courage aufbringen, mit der Logik des Neoliberalismus zu brechen und ein Wirtschaftsmodell zu entwickeln, dass die Marktkräfte menschlichen, sozialen und ökologischen Bedürfnissen unterordnet, werden sie weiter versagen und ohnmächtig dem Aufstieg ihrer politischen Gegner rechts und links von der

Mitte zusehen müssen. Der erste Schritt muss daher sein: die kleinen, aber dynamischen Linksparteien nicht weiter als „populistisch“ zu brandmarken, sondern mit ihnen zu kooperieren, wie es Frau Nahles soeben in besagtem ZEIT-Interview angekündigt hat. Im Gegenzug freilich müsste die Linkspartei aufhören, die SPD wie ihren politischen Hauptfeind zu behandeln.

Dass solche Bündnisse heute durchaus erfolgreich sein können, zeigt das Beispiel Portugals: Hier hat ein Bündnis aus Sozialisten und Linksblock mit Investitionen, Rentenerhöhungen, mehr Unterstützung für Familien und Menschen mit Behinderungen sowie Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit den Wohlfahrtsstaat wieder aufleben lassen. In Irland ist Sinn Féin zusammen mit sechs Abgeordneten einer linksradikalen Koalition zu einer sehr mächtigen Stimme für soziale Gerechtigkeit geworden. Und in Griechenland hat Syriza die traditionelle sozialistische Partei Pasok buchstäblich aus dem Rennen geworfen, eben weil sie sich 2015 in einem heroischen Akt des Widerstandes gegen die EZB und den IWF gestellt hat, auch wenn sie, bei Strafe aus dem Euro zu fliegen und den Staatsbankrott erklären zu müssen, diesen Widerstand nicht lange durchhalten konnte.

Das ermutigendste Beispiel der sozialistischen Wiedergeburt einer –fast schon für tot geglaubten- Partei bietet derzeit die britische Labour-Party. Der diesjährige Parteitag, schreibt der Guardian-Journalist und britische Politologe Paul Mason, „verwandelte die engen Straßen der Stadt Brighton in einen summenden Debattierclub mit Gesprächen über die Politik und Ökonomie des modernen Sozialismus. Pubs, Straßenecken, Cafés, die endlosen Schlangen vor den Neben-Veranstaltungen, der Strand am Ärmelkanal- alles war voll von enthusiastischen, gebildeten jungen Labour-Anhängern, die auf einen radikalen Wandel in Großbritannien hinarbeiteten....Tatsächlich ist der Marxismus in der modernen Labour-Partei allgegenwärtig. Für viele Labour-Mitglieder unter 40 stellt die Form des parlamentarischen Marxismus, der auf den Ideen von Antonio Gramsci basiert, ihre grundlegende politische Ideologie dar. Dies ist der Kern der radikalen Sozialdemokratie, wie sie der Corbynismus geschaffen hat.“

7.

Natürlich lässt sich die Auferstehung der Labour- Partei nicht eins zu eins auf die Wiederbelebung der deutschen Sozialdemokratie übertragen. Die

institutionelle und personelle Trägheit ist groß. Auch sind die britischen Tories viel konservativer als die Union in Deutschland, die Angela Merkel ein Stück weit in die Mitte gerückt hat. Und die soziale Not und Schieflage ist auf der Insel viel größer als in Deutschland. Vor allem aber: Labour hat Corbyn, der SPD hingegen fehlt ein neuer Willy Brandt!

Von zentraler Bedeutung für die Zukunft ist die Auseinandersetzung mit der Zwangsjacke, die die EU in ihrer heutigen Form darstellt. Denn der Lissaboner Vertrag hat die neoliberale Doktrin in unverrückbaren Gesetzen festgeschrieben. So paradox es klingt: Auch wenn Corbyn und die Mehrheit seiner Partei vor dem Brexit für den Verbleib Großbritanniens in der EU eintraten, „die Voraussetzung für die Befreiung Labours vom Neoliberalismus war“, schreibt Paul Mason, „außerhalb der Vorgaben des Vertrags von Lissabon denken zu können.....Großbritanniens Fernbleiben vom Euro und den Maastrichter Schuldenkriterien erlaubte es Labour-Politikern, zuerst zu fragen, was politisch notwendig ist, und nicht, was der Lissaboner Vertrag erlaubt.... Wenn die deutschen Sozialdemokraten sich jetzt an ihre Neuaufstellung machen, dann müssen sie zuallererst den Vertrag von Lissabon aus ihren Köpfen streichen.“

Die Sozialdemokraten, konstatierte Frau Nahles in besagtem Interview, waren immer dann stark, wenn sie zum Sprachrohr einer gesellschaftlichen Bewegung wurden- wie anno 68 und danach, als eine starke außerparlamentarische Opposition für eine Aufbruchsstimmung sorgte, auf deren Wogen Willy Brandt unter der Parole „mehr Demokratie wagen!“ ins Kanzleramt gelangte. Gerade ist eine neue linke paneuropäische Bewegung im Entstehen- sie nennt sich „Democracy in European Movement 2025“, abgekürzt DiEM25. Sie setzt sich für die Schaffung eines europäischen Verfassungskonvents ein, hoffend, diesen bis zum Jahr 2025 organisieren zu können- mit dem Ziel, die Lissabonner Verträge, die vor allem Kapitalinteressen bedienen, neu zu verhandeln. Sich mit dieser pan- und proeuropäischen Bürgerbewegung zu verbinden- wäre das nicht ein Aufbruchssignal für eine sich erneuernde und vom Neoliberalismus befreiende Sozialdemokratie? In solch einem Rahmen würde ihr altes und schönes Kampflied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“ dann endlich wieder Sinn machen!

